

Engelane Schichten.

Jahrbuch für die Soziale Bewegung der Industriebeamten.
Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten. 4. Jahrgang 1910. Industriebeamten-Verlag G. m. b. H. Berlin.

Bericht des Vorstandes des Verbandes der Fabrikarbeiter an den Verbandstag in Halle. Hannover 1910.

Jahrbuch des Zentralverbandes der Schmiebe für 1909.
Verlag des Zentralvorstandes der Schmiebe. Hamburg 1910.

Aus der Partei.

Aus dem 22. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Auf einen verhältnismäßig günstigen Kasienabschluss blickt auch in diesem Jahre wieder die Kreisorganisation des 22. Reichstagswahlkreises zurück, die lange Jahre hindurch zu den finanziell schlechtesten Wahlkreisen Sachsens gehörte. Bei einem Kasienbestand von 8025,01 M. am 1. Juli 1909 erzielte die Kreisorganisation eine Gesamteinnahme von 10 155,28 M., der eine Gesamtausgabe von 5810,24 M. gegenübersteht. Die Mitgliederzahl beträgt 1551 männliche und 105 weibliche Personen.

In der am vergangenen Sonntag in Falkenstein stattgefundenen Kreisgeneralversammlung referierte nach Erledigung der Neuwahlen und der geschäftlichen Angelegenheiten der Genosse Dr. Lenz über den internationalen Kongress in Kopenhagen, die Landesversammlung in Leipzig und den Parteitag in Magdeburg. Während sich Redner über die beiden ersten Kongresse kurz verbreitete, behandelte er den Parteitag in Magdeburg und besonders die Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion ausführlicher. Zu diesem Punkte nahm die außerordentlich hart besuchte Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an:

In der Staatsbewilligung und Monarchenhuldigung durch die sozialdemokratischen Kleinbürger der badischen Kammer erblickt die Generalversammlung des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises den skrupellosen Verstoß gegen die Grundsätze und Organisation der Sozialdemokratie, wie er bisher unerhört war in der Geschichte unsrer Partei. Da die genannten Mitglieder der badischen Kammer es bisher nicht für angebracht gehalten haben, die Konsequenzen aus ihren Anschauungen und Taten zu ziehen und sich einer kleinbürgerlichen Partei anzuschließen, so ersucht die Generalversammlung den Parteitag, derartige Verhältnisse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Als Delegierter zum Kongress in Kopenhagen wurde ein Genosse, zur Landesversammlung in Leipzig vier Genossen und zum Parteitag in Magdeburg zwei Genossen als Delegierte gewählt. Als Reichstagskandidat für den 22. Wahlkreis wurde Genosse Dr. Lenz einstimmig proklamiert.

Die Hamburger Parteiorganisation zur badischen Revolte.
Am Donnerstag und Freitag fanden in den drei Hamburger Reichstagswahlkreisen eine Reihe von Parteiverfassungen statt, die sich mit dem Parteitag in Magdeburg beschäftigten. Im Vordergrund der Diskussion stand der Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion, die zuzubehalten oder zu entschuldigen kein Genosse das Wort ergab. In nicht mißzuverstehender Weise verurteilten im ersten Kreise die Genossen Schanzenberg, Hübner, Kelling und Dennis, im zweiten Kreise die Genossen Hoffmann, Stengele und Köpcke und im dritten Kreise die Genossen H. Stübbe, Lorenz und andere das Verhalten der badischen Diplomaten. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen, darunter auch solche, denen die Resolution noch nicht scharf genug war, angenommen:

Die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion in der badischen Zweiten Kammer zum Budget ist ein schwerer Disziplinbruch, weil in schärfstem Widerspruch zu dem Beschluß des Münchener Parteitages stehend. Sie ist nach Lage der Sache auch eine gewollte Herausforderung der Gesamtpartei und eine absichtliche Zerrung der für den Kampf gerade so dringend notwendigen Einheit und Geschlossenheit. Die Budgetbewilligung ist ferner ein Verstoß gegen die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei, indem sie ein vorbehaltloses Vertrauensvotum für die Regierung in ihrer Stellung als Exekutive des kapitalistischen Klassenstaates darstellt.

Die hiesig-byzantinischen Kundgebungen einiger Vertreter der Sozialdemokratie in Baden sind beschämende Zeugnisse von Schwäche oder Feindschaft; sie sind geeignet, den demokratisch-republikanischen Charakter der Arbeiterklassenbewegung zu verschleiern oder zu bestreiten.

Die Budgetbewilligung wie die hiesigen Huldigungen erscheinen uns in ihrem Zusammenhang mit andern Vorgängen als ein Ausfluß jener Politik, die gewollt oder ungewollt auf eine Annäherung und Verbilligung mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien hinausläuft und an Stelle des Prinzips des Klassenkampfes das System des Opportunismus setzen will.

Dah die Mehrheit der badischen Genossen das Verhalten ihrer Vertreter ausdrücklich billigt, läßt einen bedauerlichen Mangel an prinzipieller Durchbildung erkennen und weist auf Fehler in der bisherigen Agitation hin.

Wir fordern vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, daß er den Disziplinbruch der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Fraktion mit aller Schärfe verurteilt und keinen Zweifel darüber läßt, daß die Partei gewillt ist, ihre prinzipielle und faktische Geschlossenheit zu sichern, wenn nötig durch Abschaffung von Mitgliedern, die sich als schädlich erweisen.

Wir fordern ferner, daß der Parteitag den Parteivorstand beauftragt, überall da, wo es als notwendig erscheint, von der Zentralstelle aus eine umfassende Agitation zur prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu veranstalten, insbesondere dafür zu sorgen, daß den badischen Parteigenossen die Bedeutung der Budgetbewilligungssache mit ihrem Zubehör hinreichend dargelegt wird.

Gegen die Budgetbewilliger sprachen sich ferner die Genossen von Götta und Gieschen aus, während der Sozialdemokratische Verein in Offenbach gegen sechs Stimmen eine Resolution faßte, die die Budgetbewilligung als durch die besonderen badischen Verhältnisse gerechtfertigt bezeichnet und die Aufhebung des Münchener Beschlusses verlangt. Dagegen wird die Forderung als dem republikanischen Charakter der Partei widersprechend verurteilt.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Rattowitz-Jabrze, die in der vorigen Woche stattfand, konnte einen erfreulichen Fortschritt in der polnischen Arbeiterbewegung überschauen feststellen. Die 12 polnischen sozialdemokratischen Vereine, deren Mitgliederzahl von 500 auf 788 im letzten Jahre gewachsen ist, haben ein reges Leben entfaltet. 25 politische Versammlungen wurden abgehalten und 100 000 Flugblätter und 9000 Kalender verbreitet — das ist für oberhiesige Verhältnisse keine kleine Zahl. Erfreulich ist auch, daß die oberhiesigen polnischen Genossen die Kämpfe mit der verfolgenden Polizei auszuweichen wissen; ihr Sieg über den Amtsvorsteher in Neubors, der die Abhaltung von Versammlungen unmöglich machen wollte, zeigt, wie Fähigkeit selbst oberhiesige Polizeipaläste unterliegen kann. Neben vielen Fragen der alltäglichen Parteiarbeit wurde die Frage des Zusammenwirkens der polnischen und deutschen Organisation durch die Annahme eines detaillierten Reglements gelöst. Das wichtigste in diesem Reglement, dem die deutsche Parteiorganisation schon ihre Zustimmung gegeben hat, ist, daß die beiden lokalen Parteiteilungen durch Vertreter, die an ihren Sitzungen teilnehmen, in steter Fühlung bleiben, daß für wich-

tigere Fälle gemeinsame Sitzungen beider Parteiteilungen vorgesehen sind und daß über die Aufstellung von Reichstagskandidaten die polnischen und deutschen Genossen zusammen entscheiden. Wir haben Grund anzunehmen, daß in der Zukunft Seitenhänge einzelner polnischer Parteigenossen, wie in der Zannenbergsfrage, diese Eintracht nicht stören werden.

Nachricht von der Reichstagskandidatur. Genosse Eichhorn, der in dem von ihm vertretenen Reichstagswahlkreis Pforzheim-Durlach für die kommende Reichstagswahl wieder aufgestellt worden war, ist in Rücksicht auf seine Stellung als Leiter des sozialdemokratischen Pressebureaus von der Kandidatur zurückgetreten.

Die Wahlkreis-Konferenz für den neunten badischen Reichstagswahlkreis akzeptierte die Kandidaturkandidatur Eichhorns. Sie nahm ferner zur Budgetfrage Stellung und billigte mit Zweidrittelmehrheit die Haltung der Mehrheit der Landtagsfraktion.

Aus Verburg wird uns ferner gemeldet: Genosse Kurt Eisner hat aus beruflichen und persönlichen Gründen seine Kandidatur für den 1. anhaltinischen Reichstagswahlkreis niedergelegt. Eine Kreis-Konferenz beschloß daraufhin, den Genossen Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin aufzustellen. Heine hat bereits die Kandidatur angenommen.

Nationalistische Seitenhänge. Unser Artikel wegen der Teilnahme der polnischen sozialistischen „Patrioten“ an dem Zannenbergrummel fanden ein Echo in der österreichischen Parteipresse. Der Gablonzer Beobachter unterzog an der Hand dieser Artikel den Nationalismus der österreichisch-polnischen Genossen einer entsprechenden Kritik, worauf ihm der Redakteur des Krakauer Parteiblattes, E. Daeber, eine höchst blamable Rechtfertigung zusandte. Das Gablonzer Parteiblatt beantwortete den Krakauer Erguß in einer Weise, daß sich Daeber hoffentlich sagen wird, es ist nicht angebracht, als Propheet in die Fremde zu ziehen. Der Beobachter druckte den Artikel aus Nr. 174 der Volkszeitung ab mit folgenden Begleitwörtern: „Es ist nur sehr zu bedauern, daß man sich über das, was die polnischen Genossen in Oesterreich treiben, in einem ausländischen Parteiblatt informieren muß. Wir glauben, daß es Pflicht unsrer Zentralorgane, der Arbeiterzeitung, wäre, so schlimme Entgleisungen hervorragender Genossen zu kritisieren. So sehr ist doch wohl das Band der österreichischen Internationale, daß die deutschen Genossen verlangen dürfen, über die Politik anderssprachiger Zweige der österreichischen Sozialdemokratie informiert zu werden.“

Zum Mailänder Parteitag. Die Tagesordnung des Mailänder Parteitages, der vom 6. bis 10. Oktober stattfinden soll, hat durch ein Einvernehmen zwischen dem Parteivorstand und den von diesem ernannten Referenten verschiedene Abänderungen erfahren. Man hat die Thematia in fünf Hauptgruppen geordnet: 1. Die politische Aktion, unter deren Spezialpunkten vor allem der Punkt 7: Unterstützung von Ministerien und Teilnahme an der Regierung, über den Treves und Bussi referieren, von Bedeutung ist; 2. Wirtschaftliche Aktion; 3. Rechenschafts-ablegung der Parteifunktionen; 4. Sozialistische Erziehung und Propaganda und 5. Reform des Parteistatuts. An diese Punkte schließt sich die Wahl des Parteivorstandes und die des Chefredakteurs des Avant an. Da alle vom Parteivorstand ernannten Referenten mit Ausnahme der Genossen Morgari und Accoloni dem äußersten reformistischen Flügel angehören, haben die Genossen vom intransigenten Flügel den Parteivorstand aufgefordert, für die wichtigsten Thematia Korreferenten zu ernennen. Im ganzen werden für 8 Punkte Gegenreferate verlangt. Von Wichtigkeit ist besonders das zum Punkte: Klassenkampf und Konflikte von Berufsgruppen, das Genosse Ratti halten sollte, das über: Beziehung zwischen Parteifraktion und Partei, das die Antragsentwürfen dem Genossen Lazzari zugeordnet haben und das Gegenreferat über: Unterstützung von Ministerien und Teilnahme an der Regierung für das Genosse Longobardi vorgelegt ist. Da der Kongress zunächst seine eigene Geschäftsordnung festlegen muß, wird auch über diesen Punkt ein Konflikt nicht ausbleiben. Der Parteivorstand möchte nämlich die Arbeit des Parteitages auf fünf Sektionen verteilen, die nur ihre Entscheidungen vor die Plenarversammlung bringen sollen. Der intransigente Flügel ist gegen diese Einteilung der Arbeiten. Man darf gespannt sein, ob der Parteivorstand sich zur Ernennung der Korreferenten entschließt. Nach einer Polemik im Avant stellt sich der Vorstand auf den Standpunkt, daß die Freiheit der Diskussion genüge, um jede Tendenz innerhalb der Partei zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Bisher hat man freilich in der italienischen Partei noch kein Beispiel davon gehabt, daß unter 22 Referenten nicht weniger als 20 ein und derselben innerparteilichen Richtung angehören.

Gerichtssaal.

Kriegsgericht.

Wie in Döbeln den Rekruten der militärische Drill beigebracht wird. Dem beim 130. Regiment dienenden Rekruten S., der wegen seines Säuerhohndalens die Freizügigkeit nicht zur Zufriedenheit ausgeübt hatte, wurde am Abend des 27. April in der Unteroffizierskammer über die Unterführung einer Anlage gegen die Sergeanten Dieze und Görtler und die Unteroffiziere Thümmel und Walther wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Verletzung Untergebener verurteilt. Durch die Beschwerde S. war der Stein ins Rollen gekommen und es konnte gegen den Sergeanten Dieze außerdem noch wegen Mißhandlung der Rekruten D. und M. Anklage erhoben werden. Die vor dem Kriegsgericht Leipzig anberaumte Verhandlung ergab folgendes: Vor Weihnachten vorigen Jahres hatte der Sergeant Dieze den Rekruten D. in die Unteroffizierskammer bestellt, um ihm wegen seines schlechten Exerzierens Vorhalt zu tun. Bei dieser Unterredung erhielt der Rekrut eine Ohrfeige von dem Sergeanten. Außerdem faßte Dieze ihn vorn an der Brust und schubte ihn gegen den Schrank. Einige Tage nach Neujahr mußte D. abermals in die Unteroffizierskammer kommen. Dieze hielt ihm seine wenig befriedigende Leistung abermals vor und machte ihm ferner Vorhalt, daß er einem Kameraden ein Stück Brot weggenommen haben sollte. Diesemal wurde D. wiederum geschlagen und geschubbt. In ähnlicher Weise erging es dem Rekruten M. Dieser hatte sich der Sergeant Dieze ebenfalls nach der Chargenstube bestellt, weil der Hausanang M. zerissen gewesen war. Bei dieser Gelegenheit bekam M., nachdem ihm wegen seines Anzugs eine Lektion erteilt war, eine Ohrfeige und einen Schubb vor die Brust, daß er gegen einen Schrank stieß, wobei ein Waschbecken, das auf dem Schrank stand, herunterfiel und zerbrach. Was schließlich den Rekruten S. betraf, so war dieser nach 9 Uhr abends am 27. April in die Chargenstube gekommen, um beim Fourrier, das war der Sergeant Dieze, Del zu lassen. Da der Rekrut nach der Meinung Diezes nicht kräftig genug stand, erhielt er von dem Unteroffizier Walther mit den Worten: „Der Hundel muß auch noch weg!“ drei Schüsse in den Rücken. Nunmehr mußte S., der erst von der Felddienleistung zurückkam, auf Veranlassung des Sergeanten Dieze einen Stuhl vorwärts schieben. Da er die Liebung nicht ordentlich machte, zeigte der Unteroffizier Walther es ihm. S. mußte dann weiter Anhebungen ausführen, auf einem Bein stehen usw. Als ihm dann schwindlig wurde, ließ der Sergeant Görtler ihm den Fußfaß der Wasserfackel über den Kopf und ins Gesicht. Jetzt machte Dieze sich den dummen Scherz, dem S. eine Schürze wie ein Tuch um den Kopf zu binden. Dann mußte der Rekrut die Hände falten und

stehen bleiben, was Dieze zu der Ausrufung: „Da steht das betende Waschweib!“ veranlaßte. Diese unpassende Bemerkung erregte die Heftigkeit der mitanwesenden Unteroffiziere. Dieze nahm hierauf seinen Schlüsselring, fuhr mit demselben dem S. vor dem Mund herum und versuchte ihn dem Rekruten in den Mund zu drücken. S. hielt aber den Mund zu und meinte, er könne sich am Ende vergiften, wenn Grillpauz daran sei. Dieze erklärte dem S. dann: „Wenn ich Ihnen jetzt den Ring durch die Nase ziehe, so ist der schönste Bulle fertig!“ Der Verhandlungsleiter bezeichnete dieses Vorgehen des Sergeanten als ein fändisches Gebaren und eine die militärische Disziplin gefährdende und die Autorität eines Vorgesetzten untergrabende Handlungswiese. Nachdem der Sergeant Dieze dann die Unteroffizierskammer verlassen hatte, wurde S. von dem Unteroffizier Thümmel vorn an der Brust an die Kiemta gefaßt und so heftig geschubbt, daß er gegen die Sofalehne fiel. Hierauf verließ S. die Stube. Da er aber keine stramme Haltung beim Fortgehen machte, rief ihm der Sergeant Görtler nach: „Halte das Schwein fest!“ S. mußte dann wieder zurück in die Stube kommen und erhielt dann noch von dem Sergeanten Görtler vier leichte Schläge mit der leeren Seitengewehrtafche auf beide Waden. In der Hauptverhandlung stellten die Angeklagten in Abrede, sich lässlich an den Rekruten, die sie als verlogenen bezeichneten, vergriffen zu haben. Den Vorgang mit dem Schlüsselring und dem Waschweib gab Dieze allerdings zu; doch suchte er ihn als einen ganz harmlosen Scherz hinzustellen. Das Gericht verurteilte den Sergeanten Dieze wegen Mißhandlung Untergebener in drei Fällen und wegen vorchriftswidriger Behandlung und Verletzung Untergebener in zwei Fällen zu vier Wochen Mittelarrest. Der Sergeant Görtler erhielt neun Tage Mittelarrest. Die Unteroffiziere Thümmel und Walther wurden mit sieben Tagen bezw. mit zwei Tagen Mittelarrest bestraft.

Landgericht.

Für mehrere tausend Mark Kleider- und Seidenstoffe beiseite geschafft hatte der aus Eisenberg stammende Handlungsgehilfe Franz Gustav Gruber, um von dem Erlöse der Waren die Kosten einer längeren Kur bestreiten zu können. Er war als Gehilfe bei der Firma S. u. G. hier am Neumarkt in Stellung. Im Juni erfolgte seine Festnahme, und es wurde bei der Durchsuhung seiner Wohnung ein ganzes Warenlager von Angugs-, Ueberzieherstoffen und seidenen Westenstoffen vorgefunden. Wegen Diebstahls von der Ferienstrafkammer B. zur Verantwortung gezogen, gab der Angeklagte die Wegnahme der Stoffe, deren Wert auf 5000 M. angegeben wurde, zu. Er sei herzleidend und habe auf Kuraten seines Krates in ein Sanatorium gehen sollen. Da ihm das Geld dazu gefehlt habe, sei er auf den Gedanken gekommen, sich die Sachen aus dem Geschäfte mitzunehmen und sie zu verkaufen. Einen Teil der entwendeten Waren hatte G., der unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis bei fünfjährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt wurde, bereits an den Mann gebracht.

Paragrah 181. Hinter verschlossenen Türen verhandelte die Ferienstrafkammer B gegen den in Erfurt geborenen Kaufmann Wilhelm Theodor Leistmann. Dem bis zu seiner Verhaftung in Leipzig wohnhaften Angeklagten wurde zur Last gelegt, sich längere Zeit hindurch der Zuhälterei im Sinne von § 181 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht zu haben. Das gegen Leistmann gefällte Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Außerdem wurde auf Stellung des Angeklagten unter Polizeiaufsicht erkannt.

Von Nah und Fern.

Ein Junker unter der Anklage des Betrugs.

Vor der Ferienstrafkammer zu Stolp in Pommern hatte sich am Sonnabend der frühere Rittergutsbesitzer v. Zihewitz, dem das Rittergut Groß-Schwirfen in Hinterpommern gehörte, wegen Betrugs und Konkursvergehens zu verantworten. Das Gut, das einen Wert von 600 000 Mark repräsentiert, war total verschuldet und Zihewitz hatte, um sich über Wasser zu halten, in Berlin wiederholt Anleihen aufgenommen. Es wird ihm nun vorgeworfen, das erhaltene Geld nicht zu dem angegebenen Zweck verwendet, sondern es vergeudet zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Zihewitz ein Jahr Gefängnis; das Gericht sprach ihn wegen Betrugs frei, verurteilte ihn aber wegen Konkursvergehens zu 3 Monaten Gefängnis.

Zug zusammenstoß.

Winnipeg, 6. August. Der Sonderzug, in dem sich der Premierminister Laurier und der Eisenbahnminister Graham befanden, stieß bei einer Fahrgeschwindigkeit von 60 Meilen in der Nähe von Regina mit einem Güterzuge zusammen. Der Premierminister wurde am Knie verletzt und erlitt einen starken Nervenschlag, der Eisenbahnminister eine Verrenkung des Knies. Andre Personen kamen mit leichten Verletzungen davon. Ein Heizer wurde getötet. Die Fortsetzung der Rundreise des Premierministers scheint in Frage gestellt. Nach den neuesten Meldungen von der Stätte des Eisenbahnunglücks bei Regina ist von den in der Begleitung der beiden Minister befindlichen Personen niemand ernstlich verletzt worden. Der Premierminister hat ebenfalls nur ungeschwerliche Quetschungen erlitten und wird seine Reise nicht unterbrechen.

Ein Sturz einer Brücke.

Granada, 7. August. Eine im Bau begriffene Brücke in der Ortschaft Rubite ist eingestürzt. Zwei Personen wurden getötet und mehrere verletzt.

Automobilunfall.

Mainz, 8. August. Bei Dieburg ist gestern der Gymnasialprofessor Dr. Philipp Madi aus Mainz mit seinem Automobili verunglückt. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald verstarb. Seine Frau wurde ebenfalls schwer verletzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 8. August. Bei der gestrigen Wahl zur Deputiertenkammer in Angers wurde der nationalistische Kandidat Monprofit, dessen Wahl von der Deputiertenkammer für ungültig erklärt worden war, mit 12 886 gegen 12 826 Stimmen bei der Vorwahl wiedergewählt. Sein Gegenkandidat Birot (Linksrepublikaner) erhielt 10 528 Stimmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herre in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil:

Friedrich Viller in Vordorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.